Rechtsextremismus in Deutschland seit 1990

Entwicklung der Elektorate von Rechtsaußenparteien und Rechtsextreme Gewalt

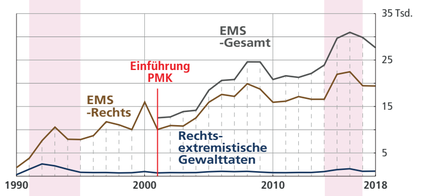
Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster. Der verbindende Kern rechtsextremer Strömungen ist eine völkisch-nationale Ungleichwertigkeitsvorstellung. Das Spektrum rechtsextremer Einstellungen drückt sich durch Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) aus. Dabei werden Individuen einer Gruppe zugeordnet und aus Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus oder sozialdarwinistischen Motiven abgewertet, ausgegrenzt, physisch und psychisch angegriffen und im schlimmsten Fall getötet.

Rechtsextreme Einstellungen sind in allen Schichten der Bevölkerung und in allen Landesteilen der Republik verbreitet – egal ob Landkreis, Stadt, Westen oder Osten. Aber nicht jeder Mensch der rechtsextreme Einstellungen hat, vollzieht auch rechtsextreme Handlungen – also nimmt an Wahlen teil, protestiert auf Demonstrationen und übt Gewalt aus. Die Karte ist nur in der Lage, Informationen auf der Handlungsebene darzustellen, also hier – die Elektorate extrem rechter Parteien, die den Resonanzraum für GMF schaffen – sowie die Opfer rechtsexrem-motivierter bzw. rechtsterroristischer Tötungsdelikte. Wie groß die Dunkelziffer bei den Delikten ist, ist unklar. Alternativ werden auch Zahlen von Opferberatungsstellen erhoben, die teilweise auf viele höhere Angaben kommen, als die Behörden. Auch wenn nicht alle Taten von den Sicherheitsbehörden erfasst werden, lassen sich Trends erkennen:

Anzahl Asylanträge seit 1990 (Erst- und Folgeanträge)

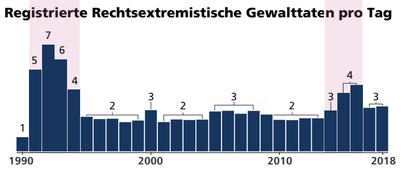
Mit dem zentralen Thema „Flucht und Migration“ konnten Parteien der extremen Rechte bisher die größten Wahlerfolge erreichen. Allerdings steigt mit zunehmenden Asylanträgen auch die Zahl rechtsmotivierter Straf- und Gewalttaten. So lassen sich von 1991 bis 1995 und 2014 bis 17 zwei rechtsextremistische Gewaltwellen beobachten, die vor allem im Zusammenhang mit Angriffen auf Asylunterkünfte zustandekamen.

Anzahl registrierter Extremistisch Motivierter Straftaten (EMS)



Sraftaten sind Sachbeschädigungen, Nötigung/Bedrohung, Propagandadelikte, Störung der Totenruhe (Friedhofsschändung) und „Andere“ – insbesondere Volksverhetzung, die auch als politisch motiviert von den Behörden erfasst wird.

Registrierte Rechtsextremistische Gewalttaten pro Tag



Rechtsextr. Gewalttaten sind verfassungsfeindlich motivierte Tötungsdelikte, Körperverletzung, Brandstiftungen, Sprengstoffexplosionen, Landesfriedensbruch, Sachbeschädigung mit Gewaltanwendung, Anschläge auf Infrastruktur, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung und Widerstandsdelikte.

Rechte Straf- und Gewalttaten

Das Bundesamt für Verfassungsschutz erfasst rechtsextreme Taten als Institution einer wehrhaften Demokratie.
Die Informationen dazu erhält es vom Bundeskriminalamt. Vor Einführung des Tatbestand „Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) – Rechts“ im Jahr 2001, wurden extremistische Straftaten nur uneinheitlich erfasst. Bei den dargestellten Zahlen handelt es sich lediglich um registrierte Taten. Klar erkennbar ist ein Anstieg seit 1990, der einerseits auf eine zunehmende Zahl von Delikten und andererseits auf eine bessere Erfassung in der Praxis zurückzuführen ist.

Todesopfer Rechter Gewalt

Die Daten zu den Todesopfern rechter Gewalt, stammen von der Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS) die mit einem präzisen Monitoring Tötungsdelikte erfasst, bei dem auch Verdachtsfälle enthalten sind, von denen auszugehen ist, dass die Tötung aus rechtsextremer Motivation erfolgte. Der Status der Tat konnte von den Behörden nicht abschließend geklärt werden, deshalb weichen die offiziellen Zahlen von der AAS ab. Seit 1990 sind laut AAS 222 Menschen durch Rechtsextremismus getötet worden.

Topographische Zeichenerklärung

Ortsbezeichnungen

- **BREMEN** Stadtstaat
- **Hannover** Landeshauptstadt
- **Schwerin** Kreisfreie Landeshauptstadt
- **Wolfsburg** Kreisfreie Stadt
- **Cuxhaven** Kreisstadt u. Kreisname
- **Schleswig** Kreisstadt
- ○ Sitz d. Kreisverwaltung
- Steinburg Kreisname

Verwaltungsgrenzen

- Staatsgrenze
- Bundeslandgrenze
- Kreisfreie Stadt
- Kreisgrenze

Todesopfer seit 1990

- Ortsname

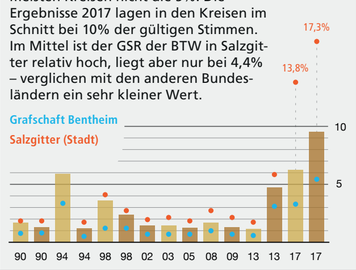
Bt - Bottrop
Gk - Gelsenkirchen
Oh - Oberhausen
MaR - Mülheim an der Ruhr
WT - Wuppertal
Rs - Remscheid
Lk - Leverkusen

1 Ennepe-Ruhr-Kreis
2 Rheinisch-Bergischer-Kreis
3 Hochtaunus-Kreis
4 Main-Taunus-Kreis
5 Regionalverband Saarbrücken
6 Neuenkirchen
7 Rhein-Pfalz-Kreis

Maßstab 1:1.500.000
0 10 20 40 60 80 100 km

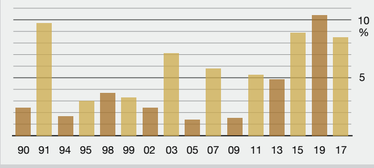
Niedersachsen

Bei den LTW in Niedersachsen konnten Republikaner und die Statt-Partei einige marginale Erfolge erzielen. Sie kamen in den Kreisen nur vereinzelt über die Fünfprozenthürde. Bei Betrachtung des GSR der LTW im langjährigen Mittel, wurde in den Städten Delmenhorst, Salzgitter, Wilhelmshaven und im Landkreis Celle seit 1990 konstant rechtsaußen gewählt. Bei den BTW zeichnen sich gleichermaßen niedrige Anteile ab wie bei den LTW. Selbst die AFD schaffte bei der BTW 2013 in den meisten Kreisen nicht die 5%. Die Ergebnisse 2017 lagen in den Kreisen im Schnitt bei 10% der gültigen Stimmen. Im Mittel ist der GSR der BTW in Salzgitter relativ hoch, liegt aber nur bei 4,4% – verglichen mit den anderen Bundesländern ein sehr kleiner Wert.



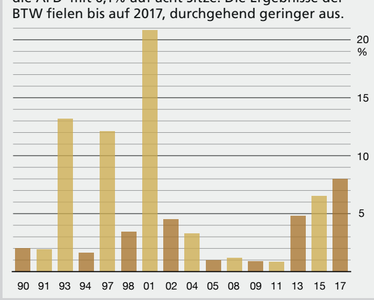
Bremen

Aufgrund einer Besonderheit im Bremer Wahlrecht (die 5%-Hürde gilt für Bremerhaven und Bremen getrennt), konnten einige Rechtsaußenparteien „Erfolge“ bei Wahlen verbuchen. Die DVU hat hier mehrmals Sitze in der Bürgerschaft bekommen: 1991 sechs Sitze (6,2%) und 1999 (3,0%), 2003 (2,3%), 2007 (2,7%) einen Sitz. Die BIW haben 2007 (0,8%), 2011 (3,7%), 2015 (3,2%) und 2019 (2,4%) einen Sitz bekommen. Die AFD zog 2015 (5,5%) mit vier Sitzen in das Parlament ein und kam 2019 (6,1%) auf einen weiteren Sitz. Auffallend ist der Unterschied des GSR zwischen Bremen und Bremerhaven – wo die Werte bei allen Wahlen ungefähr doppelt so hoch sind wie in Bremen.



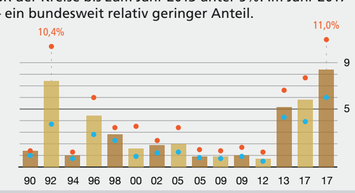
Hamburg

In Hamburg sind drei Ausschläge zu beobachten. **1993** kam die STATT-Partei mit 5,6% ins Landesparlament und erhielt 8 Sitze. Bei der LTW **1997** verfehlte die DVU (4,98%) nur knapp die 5%-Hürde, an der vier weitere Parteien teilnahmen: STATT (3,8%), REP (1,8%), BFB (1,3%), NPD (0,1%). **2001** schaffte die Schill-Partei einen Erfolg bei der LTW zu erzielen (19,5%) und zog mit 25 Sitzen in die Bürgerschaft ein, anders als DVU (0,7%), STATT (0,4%), REP (0,1%) und PRODM (0,2%) mit eher kleineren Anteilen. **2015** kam die AFD mit 6,1% auf acht Sitze. Die Ergebnisse der BTW fielen bis auf 2017, durchgehend geringer aus.



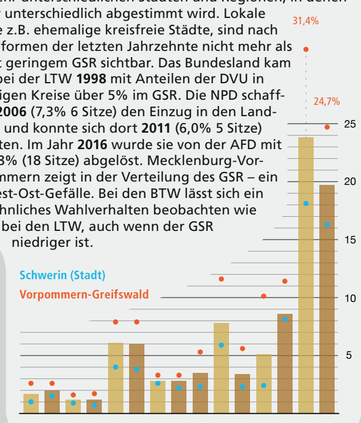
Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein saß die DVU (6,3%) von 1992 bis 1996 mit sechs Sitzen im Lantag. In Lübeck, Neumünster und dem Hzgt. Lauenburg lag der GSR bei den LTW über zehn Prozent. Die selben Orte zeigten 1996 und 2017 ein ähnliches Wahlverhalten. Die AFD schaffte 2017 (5,8%) den Einzug in den Landtag und bekam fünf Sitze. Bei den BTW lag der GSR der Kreise bis zum Jahr 2013 unter 5%. Im Jahr 2017 unter zehn Prozent – ein bundesweit relativ geringer Anteil.



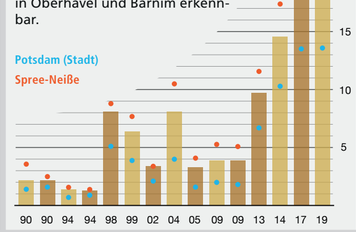
Mecklenburg-Vorpommern

Das Bundesland ist sehr ländlich und von einer geringen Bevölkerungsdichte geprägt. Die Kartendarstellung ist aufgrund der Flächengröße der Kreise vorsichtig zu interpretieren – was generell für die großen Landkreise im Osten gilt. Aufgrund des großen Aggregats werden lokale Besonderheiten nicht sichtbar. Der Kreis Vorpommern-Greifswald, mit einem langjährigen GSR von 9,8%, besteht zum Beispiel aus sehr unterschiedlichen Städten und Regionen, in denen ebenfalls sehr unterschiedlich abgestimmt wird. Lokale Gewichte, wie z.B. ehemalige kreisfreie Städte, sind nach den Kreisreformen der letzten Jahrzehnte nicht mehr als Orte mit geringem GSR sichtbar. Das Bundesland kam erst bei der LTW **1998** mit Anteilen der DVU in einigen Kreise über 5% im GSR. Die NPD schaffte **2006** (7,3% 6 Sitze) den Einzug in den Landtag und konnte sich dort **2011** (6,0% 5 Sitze) halten. Im Jahr **2016** wurde sie von der AFD mit 20,8% (18 Sitze) abgelöst. Mecklenburg-Vorpommern zeigt in der Verteilung des GSR – ein West-Ost-Gefälle. Bei den BTW lässt sich ein ähnliches Wahlverhalten beobachten wie bei den LTW, auch wenn der GSR niedriger ist.



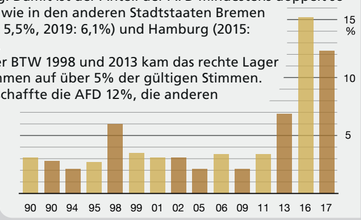
Brandenburg

Bei den LTW **1990** und **1994** lag der GSR in allen Kreisen unter 5%. Die DVU schaffte es mit der Wahl **1999** in den Landtag (5,3% 5 Sitze) und konnte ihre Position dort **2004** halten (6,1% 6 Sitze). Der GSR der LTW ist **2014** und **2019** durch die großen Anteile der AFD beeinflusst (12,2% 11 Sitze). Sie konnte ihr Ergebnis 2019 sogar verdoppeln (23,5% 23 Sitze). Die Kreise die am kontinuierlichsten rechtsaußen stimmten, sind Oder-Spree, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und Elbe-Elster mit über 10% im langjährigen Mittel des GSR der LTW. Bei fast allen Kreisen Brandenburgs gibt es bei BTW und LTW ein ähnliches Abstimmungsverhalten – wie in Meckl.-Vorp. mit einem West-Ost-Gefälle. Übergänge sind in Oberhavel und Barnim erkennbar.



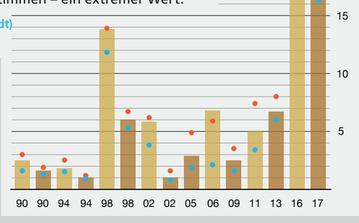
Berlin

Die Wahlerfolge der Rechtsaußenparteien bei den Senatswahlen sind seit 1990 sehr klein. Der GSR liegt durchgehend deutlich unter 4%. Die REP hatten bis 1999 ca. 3%, bis ihr Platz als stärkste Kraft 2006 von der NPD (2,6%) eingenommen wurde, die die AFD 2016 ablöste (14,2% 25 Sitze) und in den Senat einzog. Damit ist der Anteil der AFD mindestens doppelt so hoch, wie in den anderen Stadtstaaten Bremen (2015: 5,5%, 2019: 6,1%) und Hamburg (2015: 6,1%).
Bei der BTW 1998 und 2013 kam das rechte Lager zusammen auf über 5% der gültigen Stimmen. 2017 schaffte die AFD 12%, die anderen



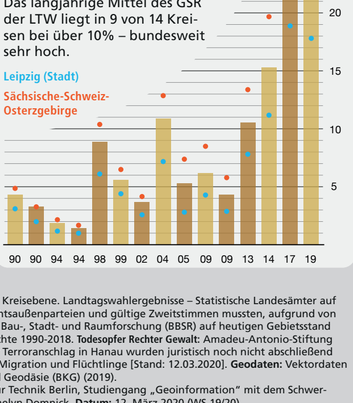
Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt kam die DVU bei der LTW **1998** landesweit auf 13%, erhielt 16 der 116 Sitze im Landtag und schaffte es in allen Kreisen über 10% der Stimmen zu erhalten; verließ allerdings **2002** wieder das Parlament. Das rechte Lager war 2002 und **2006** zersplittert wodurch es keine Partei über die 5%-Hürde schaffte. Die NPD verfehlte **2011** mit 4,6% die Hürde. Schließlich schaffte die AFD **2016** 24,3% der gültigen Stimmen zu erhalten und wurde zweitstärkste Kraft im Land, wodurch der GSR in einigen Kreise über 30% liegt. Hochburgen im langjährigen GSR der LTW sind der Saalekreis (9,5%), Mansfeld-Südharz (9,6%), Anhalt-Bitterfeld (9,8%) und der Burgenlandkreis (10,2%). Bei der BTW **1998** und **2013** erreichte die extreme Rechte in allen Kreisen mindestens 5% der gültigen Stimmen. Bei der BTW **2017** lag der GSR in einigen Kreisen bei einem Viertel der gültigen Zweitstimmen – ein extremer Wert.



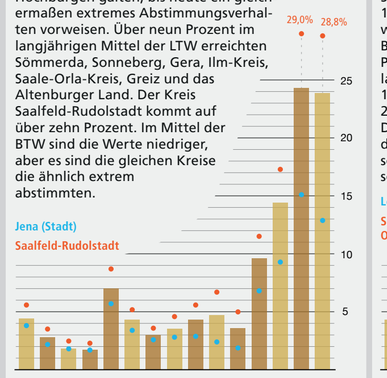
Sachsen

In Sachsen zog bereits **2004** die NPD (9,2%) mit zwölf Sitzen in den Landtag ein. Sie blieb **2009** (5,6%) mit acht Sitzen dort, schafft es aber nicht im Landtag zu bleiben, da die AFD **2014** (9,7% 14 Sitze) ein hohes Ergebnis erzielte. Die Partei konnte **2019** (27,5%) sogar zweitstärkste Kraft im Parlament werden und erhielt 38 von 119 Sitzen. In den Kreisen Bautzen (34,0%), Meißen (33,1%) und der Sächsischen Schweiz-Osterzgebirge (34,0%) wurde sie stärkste Kraft. Das beste Ergebnis erreichte sie in Görlitz (36,6%), auch wenn sie dort nicht Wahlsieger wurde. Bemerkenswert ist, dass in Sachsen, ähnlich wie in Thüringen, bereits 1990 intensiver extrem rechts abgestimmt wurde, als in den restlichen Ostländern. Bei der BTW **1998** sorgten gleich fünf Parteien für einen hohen GSR. Damals lag er in den selben Kreisen bei über 10%, wie später bei der LTW 2019, was 2013 und 2017 wiederholt wurde. Das langjährige Mittel des GSR der LTW liegt in 9 von 14 Kreisen bei über 10% – bundesweit sehr hoch.



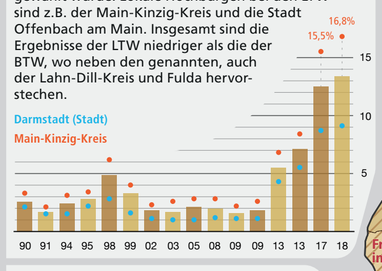
Thüringen

In Thüringen lassen sich in vielen Kreisen Schwerpunkte des politischen Rechtsextremismus erkennen. Bereits **1990** kommt der GSR bei LTW und BTW an einigen Orten auf über fünf Prozent. Sortiert man die Jahre nach dem langjährigen Mittel, fällt auf dass die Kreise die damals als Hochburgen galten, bis heute ein gleichermaßen extremes Abstimmungsverhalten vorweisen. Über neun Prozent im langjährigen Mittel der LTW erreichten Sömmerda, Sonneberg, Gera, Ilm-Kreis, Saale-Orla-Kreis, Greiz und das Altenburger Land. Der Kreis Saalfeld-Rudolstadt kommt auf über zehn Prozent. Im Mittel der BTW sind die Werte niedriger, aber es sind die gleichen Kreise die ähnlich extrem abstimmten.



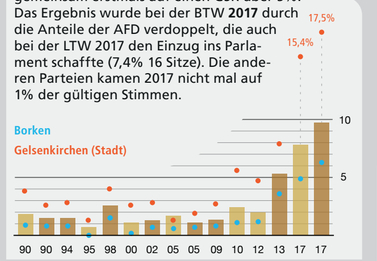
Hessen

In Hessen waren Rechtsaußenparteien seit 1990 insgesamt wenig erfolgreich. Erst 2018 schaffte es die AFD in das Landesparlament mit 13,2% (19 Sitze). Allerdings gibt es einige Orte wo der GSR bereits vorher über 5% lag und langfristig eher rechtsaußen gewählt wurde. Lokale Hochburgen bei den LTW sind z.B. der Main-Kinzig-Kreis und die Stadt Offenbach am Main. Insgesamt sind die Ergebnisse der LTW niedriger als die der BTW, wo neben den genannten, auch der Lahn-Dill-Kreis und Fulda hervorstechen.



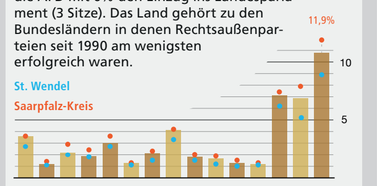
Nordrhein-Westfalen

In NRW lassen sich insbesondere in den vom Strukturwandel betroffenen Städten des Ruhrpotts, höhere Anteile beobachten. Obwohl die Ergebnisse insgesamt sehr niedrig sind und die Parteien in der Summe selten über die Fünfprozenthürde kommen, gibt es einige lokale Hochburgen wie Gelsenkirchen, Hagen, Leverkusen, Herne und Duisburg. Bei der BTW **2013** kommt das rechte Lager gemeinsam erstmals auf einen GSR über 5%. Das Ergebnis wurde bei der BTW **2017** durch die Anteile der AFD verdoppelt, die auch bei der LTW 2017 den Einzug ins Parlament schaffte (7,4% 16 Sitze). Die anderen Parteien kamen 2017 nicht mal auf 1% der gültigen Stimmen.



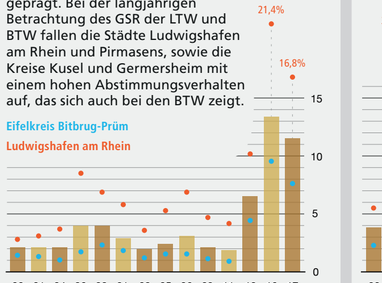
Saarland

Das Saarland ist von einem niedrigen GSR bei BTW und LTW gekennzeichnet. Bis 2017 lag er in keinem Kreis über 5%. Dann schaffte die AFD mit 6% den Einzug ins Landesparlament (3 Sitze). Das Land gehört zu den Bundesländern in denen Rechtsaußenparteien seit 1990 am wenigsten erfolgreich waren.



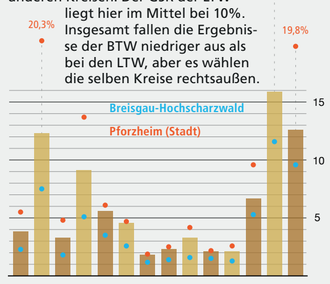
Rheinland-Pfalz

Bei den LTW 1996, 2001, 2006, und 2016 konnten Rechtsaußenparteien in einigen Orten gemeinsam über 5% erreichen. Die LTW 1991 und 2011 sind durch eher magere Ergebnisse geprägt. Bei der langjährigen Betrachtung des GSR der LTW und BTW fallen die Städte Ludwigshafen am Rhein und Pirmasens, sowie die Kreise Kusel und Germersheim mit einem hohen Abstimmungsverhalten auf, das sich auch bei den BTW zeigt.



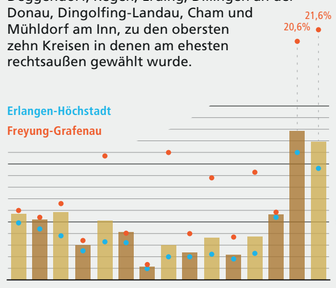
Baden-Württemberg

Der GSR der LTW ist vor allem durch das erfolgreiche Abschneiden der REP geprägt. Bei der LTW **1992** erreichte die Partei in der Hälfte aller Kreise und kreisfreien Städte über 10%. In den Jahren 1992 (15 Sitze) und **1996** (14 Sitze) war sie im Landtag vertreten. Seit dem verzeichnet sie rückläufige Ergebnisse. Die AFD schaffte **2016** (23 Sitze) den Einzug. In fast der Hälfte der Kreise lag der GSR der LTW 2016 bei über 17% – für Westdeutschland ein relativ hoher Wert. Vor allem in den Städten Pforzheim und Heilbronn, dem Enzkreis, Calw und dem Kreis Heilbronn wurde häufiger und erfolgreicher rechtsaußen gewählt als in anderen Kreisen. Der GSR der LTW liegt hier im Mittel bei 10%. Insgesamt fallen die Ergebnisse der BTW niedriger aus als bei den LTW, aber es wählen die selben Kreise rechtsaußen.



Bayern

In Bayern ist der GSR der LTW bis einschließlich **2013** vor allem durch die Anteile der REP und rechtspopulistischen Bayernpartei geprägt. Erstmalig seit 1990 schaffte es die AFD **2018** landesweit über 5% zu kommen. Aber auch hier gibt es Kreise in denen der GSR bereits vorher bei über 5% lag.
Zum Beispiel die Stadt Rosenheim. Hier kamen die REP 1990 auf über 10%. Im langjährigen Mittel des GSR der BTW und LTW, gehören die Stadt und der Kreis Rosenheim, die Kreise Freyung-Grafenau, Deggendorf, Regen, Erding, Dillingen an der Donau, Dingolfing-Landau, Cham und Mühldorf am Inn, zu den obersten zehn Kreisen in denen am ehesten rechtsaußen gewählt wurde.



Der Gesamtstimmenanteil – Rechts (GSR)

Dargestellt sind die Wahlergebnisse von Rechtsaußenparteien bei den Bundes (BTW)- und Landtagswahlen (LTW) seit 1990. Sie wurden umgerechnet auf einen aktuellen Gebietsstand (2017). Unter dem Begriff der **Rechtsaußenpartei** versteht man Parteien die rechts der etablierten konservativen und liberalen Parteien verortet werden. Zusammengefasst werden sie unter dem „Gesamtstimmenanteil – Rechts“ (GSR). Er enthält die Summe der absoluten Zweitstimmen, die rechtsnationale, rechtsextreme (verfassungsfeindliche), rechtspopulistische, extrem rechte – beziehungsweise alte und neue rechte Parteien, bei einer Wahl erhalten haben. Wenn eine teilnehmende **Partei** im bundes- oder landesweiten Ergebnis mindestens 0,1

GSR

im langjährigen Mittel seit 1990

Bei homogenen Farbflächen ist der Kreis in selber Klasse.

Prozent der gültigen Stimmen erhielt, floss ihre Stimmzahl in den Indikator. Aus der Summe der nach den oben genannten Kriterien eingeordneten Parteien, wird der Gesamtstimmenanteil an der Zahl aller gültigen Zweitstimmen berechnet.
Für jede Wahl wurde so in jedem Kreis der GSR bestimmt. Bildet man aus dem GSR der letzten 30 Jahre ein Mittel dann zeigt sich eine Kontinuität im Wahlverhalten der Kreise. Es treten jene Orte in der Karte als besonders braun hervor, die schon immer erfolgreicher rechtsaußen wählten als andere Kreise. Allerdings verbirgt das Aggregat der Daten, die zeitliche Entwicklung des GSR. Deshalb wurde die Karte durch Diagramme ergänzt, die exemplarisch das Abstimmungsverhalten von Kreisen in **Tief-** und **Hochburgen** zeigen.

Rechtsaußenparteien (hier **genannt**):

Alternative für Deutschland (**AFD**), Aufbruch deutscher Patrioten, Allianz Unabhängiger Bürger – Brandenburg e.V., Bund Freier Bürger (**BFB**), Bürger in Wut (**BIW**), Bürger rettet Brandenburg, Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie – Die FREIHEIT, Deutsche Gemeinschaft für Gerechtigkeit, Deutsche Liga für Volk und Heimat, Deutsche Mitte, Die Offensive, Deutsche Partei, Deutsche Soziale Union, Demokratisch Soziale Offensive, Deutschland, Deutsche Volksunion (**DVU**), Freie Bürger Union, Hamburger Liste für Ausländerstopp, Ja zu Brandenburg, Die Konservativen, RECHTE MITTE Heimat Hamburg, Nationaldemokratische Partei Deutschlands (**NPD**), Neue Statt Partei, Offensive Deutschland, Bündnis Offensive für Sachsen-Anhalt, Öko-Union: DEUTSCHE SOLIDARITÄT, Union für Umwelt- und Lebensschutz, Protest der Bürger, PRO NRW, Pro Brandenburg, Pro Deutschland, Initiative Pro D-Mark (**PRODM**), Rechtsstaatliche Bürger Partei, Die Republikaner (**REP**), Partei Rechtsstaatlicher Offensive (**SCHILL**), Sarazzistische Partei – für Volksentscheide, STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN (**STATT**), Volksabstimmung.

Impressum

Sachdaten: Bundestagswahlergebnisse 1990-2017 – Bundeswahlleiter auf Kreisebene. Landtagswahlergebnisse – Statistische Landesämter auf Gemeinde- u. Kreisebene [Stand: 01.11.2019]. Absolute Stimmen von Rechtsaußenparteien und gültige Zweitstimmen mussten, aufgrund von Kreisgebietsreformen, mit Umrechnungsschlüsseln des Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) auf heutigen Gebietsstand remodelliert werden. **Rechte Straf- und Gewalttaten:** Verfassungsschutzberichte 1990-2018. **Todesopfer Rechter Gewalt:** Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS) [Stand: 07.03.2020, Anm: Das Attentat auf Walther Lübcke und der Terroranschlag in Hanau wurden juristisch noch nicht abschließend geklärt, angesichts der Umstände eindeutig]. **Asylanträge:** Bundesamt für Migration und Flüchtlinge [Stand: 12.03.2020]. **Geodaten:** Vektordaten (VG 1:2,5 Mio., UTM-Zone 32 – ETRS 89) Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) (2019).
Kartographische Darstellung: P. Massow. **Institution:** Beuth Hochschule für Technik Berlin, Studiengang „Geoinformation“ mit dem Schwerpunkt Kartographie und Geomedien. **Betreuende Lehrkraft:** Prof. Dr. Immelyn Domnick. **Datum:** 12. März 2020 (WS 19/20)